

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 21.01.2025 15:01
Aktenzahl: PGL-103914-2025-KFP/LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 7.1

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Abgeordneten Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Stefan Berger (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) zu Post Nr. 7 der Tagesordnung für den Landtag am 22.01.2025.

Verbindliche Bezirksabstimmungen

Auf Seite 211 des SPÖ-NEOS Regierungsprogrammes steht geschrieben: „Die Einrichtungen der direkten Demokratie sind auf Bezirksebene weiter auszubauen, indem Bezirksbefragungen und verbindliche Bezirksabstimmungen zu Themen ermöglicht werden, die die Kompetenzen der Bezirke betreffen.“

Dieses Vorhaben wurde bisher in keiner Form umgesetzt. Es gibt noch immer keine Möglichkeit auf Bezirksebene, rechtlich verbindliche Bezirksabstimmungen in der Bevölkerung zu initiieren. Sogenannte „Bezirksbeteiligungsverfahren“ entpuppen sich stets als Alibi-Veranstaltungen ohne verbindlichen Charakter. Schlussendlich setzt man sich seitens der Stadtregierung meist über den Willen der Bevölkerungen hinweg und die Anliegen werden nicht oder zu wenig berücksichtigt. Dies ist insbesondere bei Verkehrsprojekten der Fall, wie das Beispiel des Radwegs Krottenbachstraße zeigt, sowie bei Stadtentwicklungsprojekten, für die Oberlaa und Rothneusiedl mehrere Beispiele bieten.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung wird aufgefordert, gemäß dem Regierungsabkommen von SPÖ und NEOS in Wien die rechtliche Umsetzung von verbindlichen Bezirksabstimmungen umzusetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Unterzeichner*innen:

Stefan Berger (FPÖ); Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ); Maximilian Krauss, MA (FPÖ)